

A6NEU5 Soziales

Gremium: Kreisvorstand

Beschlussdatum: 13.03.2021

Text

1 Gleiche Startbedingungen schaffen – Soziale Teilhabe

2
3 Es kann teuer werden, sich unseren Sozialstaat nicht zu leisten, denn er
4 garantiert den inneren Frieden. Dennoch ist es um unseren Sozialstaat schlecht
5 bestellt: In kaum einem Industrieland herrscht eine so hohe Ungleichheit in
6 Bezug auf Einkommen, Vermögen und Chancen wie in Deutschland – und diese
7 Ungleichheit nimmt weiter zu.

8
9 Wir GRÜNE setzen uns für eine glaubwürdige kommunale Sozialpolitik ein, die
10 Teilhabe für alle ermöglicht, Armut bekämpft und dazu beiträgt, dass das Zuhause
11 bezahlbar bleibt. Wir fördern ein gutes Miteinander der Menschen, die schon
12 länger hier leben und derer, die neu zugewandert sind. Auch vor Ort ist für uns
13 die tatsächliche Gleichstellung von Frauen wichtig. Nur eine familienfreundliche
14 Gemeinde ist auch eine zukunftsfähige Gemeinde.

15
16 Wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass im alltäglichen
17 Zusammenleben die Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine
18 Selbstverständlichkeit ist. Ausreichende und qualitativ gute Kinderbetreuung,
19 flexible Angebote und familienfreundliche Öffnungszeiten gehören dazu. Gleiche
20 Bildungschancen für alle und gut ausgestattete Schulen, die eine attraktive
21 Umgebung für gutes Lernen bieten, haben für uns Priorität.

22
23 Auch in der Jugendförderung wollen wir GRÜNE uns stark machen. Wir setzen uns
24 ein für eine freie, eine weltoffene und vielfältige Gesellschaft und wir stehen
25 an der Seite der zivilgesellschaftlichen Initiativen im Kampf gegen Rassismus
26 und rechte Gewalt. Bei der Kommunalwahl 2021 kommt es auch darauf an, dass unser
27 Landkreis nicht nach rechts abdriftet. Menschenfeindlichkeit und rechte Hetze
28 haben bei uns nichts zu suchen.

- 29
- 30 • Wir unterstützen alle zivilgesellschaftlichen Gruppen und Initiativen, die
31 sich Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit
mit friedlichen Mitteln entgegenstellen.
 - 32 • Wir setzen uns für den Auf- und Ausbau von Anlauf- und Beratungsstellen
33 für Menschen, die in Not geraten sind, ein. Dazu gehören die Arbeitslosen-
34 , Obdachlosen-, Schuldner*innen- und Suchtberatung, sowie die
35 Schwangerenkonfliktberatung, die Beratungsstellen für Menschen, die von
36 sexualisierter Gewalt betroffen sind, die Beratungsstellen für Familien,
37 Paare und Alleinerziehende mit Erziehungsproblematiken, das Frauenhaus und
38 die Beratungs- und Interventionsstelle bei häuslicher Gewalt.
 - 39 • Die sozialen Einrichtungen unseres Landkreises brauchen für ihre wertvolle
40 Arbeit eine verlässliche Förderung. Wir setzen uns dafür ein, dass die

kommunalen Mittel bedarfsgerecht ausgeweitet und verlässlich zugewiesen werden.

- Frauenhäuser substanziell finanziell unterstützen
- Neue und alternative Wohnformen wie das Mehrgenerationenwohnen, Senioren-WG, Wohnen mit Pflege auch in der Fläche fördern
- Die gesundheitliche Versorgung von Menschen mit psychischen Erkrankungen auf den Prüfstand stellen und sie bedarfsgerecht ausbauen.

Gleichberechtigte Teilhabe für alle

Eine inklusive, vielfältige Gesellschaft ist die Voraussetzung für eine lebendige Demokratie, in der unterschiedliche Lebensentwürfe gleichberechtigt verwirklicht werden können. Gute politische Entscheidungen werden auf der Basis unterschiedlicher Perspektiven und Lebensrealitäten getroffen. Wir GRÜNE wollen eine gleichberechtigte Teilhabe aller Identitäten in der Kommunalpolitik. Zusammen mit den hier engagierten Vereinen, Verbänden und Initiativen wollen wir Lücken ermitteln und entsprechend Schritte planen, um das Ziel der gleichberechtigten Teilhabe zu erreichen.

Gemeinsam arbeiten wir an einem Landkreis, in dem alle Menschen frei von einschränkenden Rollenbildern leben können. So lassen vielfältige Vorbilder zur Entwicklung Raum.

Wir fordern daher konkret:

- Projekte wie das Mentoring-Programm zur gleichberechtigten Teilhabe von allen Geschlechtern in Politik und Wirtschaft sind weiter auszubauen.
- Es besteht nach wie vor ein Männerüberhang unter den Mandatsträger*innen auf kommunaler und auf Kreisebene. Als GRÜNE gehen wir mit gutem Beispiel voran und besetzen unsere Listenplätze quotiert.
- Wir werden uns dafür einsetzen, dass Sitzungszeiten familienfreundlich angepasst werden und die Teilnahme an Sitzungen auch online möglich ist. Bei der Besetzung der Ausschüsse sowie bei Entsendungen des Landkreises in externe Gremien, Organisationen und Institutionen achten wir auf ein ausgewogenes Verhältnis der Geschlechter, gerade auch in Bezug auf Wirtschafts-, Verkehrs- und Finanzfragen.

Alles inklusive!

Nicht nur für Geschlechtervielfalt muss noch viel getan werden, auch anderen Gruppen im Landkreis stehen noch viele Hürden im Weg, die wir abräumen müssen. Dabei spielt das Thema Barrierefreiheit eine wichtige Rolle. Wir möchten, dass Menschen mit Handicaps gleichberechtigt am Leben teilhaben können, ob es im Bereich der Wirtschaft, der Schule, im Kindergarten, in der Freizeit, beim Einkaufen in der Stadt oder beim Besuch von Ämtern oder Gesundheitseinrichtungen ist. Wir setzen uns für möglichst viele Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt ein. Inklusive Klassen, inklusive Kindergärten, (Nacht)Taxis für Menschen mit Handicaps zu flexiblen Zeiten, damit auch mal ein Kinobesuch möglich ist, das ist unser Ziel. Formulare müssen in leichter Sprache vorhanden, Erklärvideos und ein Button zum Vorlesen zugänglich sein. Alle Quartiersentwicklungsmaßnahmen, Neubauten und Sanierungen müssen auf

Barrierefreiheit geplant und überprüft werden, so dass für alle Menschen ein diskriminierungsfreier Zugang möglich wird. Neue und alternative Wohnformen wie das Mehrgenerationenwohnen, Wohngemeinschaften und das Wohnen mit Pflege sollen unseren Landkreis bereichern. Wichtig ist außerdem eine zentrale Anlaufstelle im Kreishaus, die Förderprogramme auflegt und bei barrierefreien Umbaumaßnahmen unterstützt.

Die sehr hohe Zahl von Regelungen zu Möglichkeiten und Zuwendungen für Menschen mit Beeinträchtigungen verhindert den Überblick. Ohne eine unabhängige Teilhabeberatung sind die Betroffenen Falsch- und Fehlinformationen ausgeliefert. Deshalb werden wir uns für die Etablierung der ergänzenden und unabhängigen Teilhabeberatung (EUTB) unbefristet auch über das Jahr 2022 hinaus, einsetzen.

Integration

Unser Landkreis ist stark von Sekundärmigration geprägt. Besonders nach Hameln sind viele Iraker/innen gezogen. Um einer Ghettobildung vorzugreifen, bedarf es vieler kreativer Integrationsangebote. Besonders niederschwellige Sprachangebote mit Kinderbetreuung und berufsspezifische Angebote sollten ausgebaut und die Volkshochschule damit beauftragt werden. Auch die Sprachförderung von der Alltagssprache zur Bildungssprache bedarf einer großen Anstrengung, um dem Ziel der gleichen Bildungschancen näher zu kommen.

Neben dem Migrationsrat und dem interreligiösen Dialog fördern wir Projekte, die die Integration besonders der Flüchtlingsfamilien unterstützen. Dabei wollen wir das schon gut ausgebaute ehrenamtliche Engagement von Bürgerinnen und Bürgern unterstützen und ausbauen. Es sollen gezielt Programme für Jugendliche entwickelt werden, die den Kontakt zu deutschen Jugendlichen intensivieren.

Um den Übergang von Weiterbildungsangeboten und Sprachkursen in ein selbstbestimmtes Arbeitsleben zu erleichtern, werden wir Kooperationen zwischen ehrenamtlichen und kommunalen Initiativen, Schulen und ortsansässigen Arbeitgeber*innen initiieren.

Wir wollen an zentralen Punkten im Kreis Anlaufstellen für Menschen einrichten, an denen niedrigschwellig und ohne Kontrolle im Internet recherchiert, gearbeitet und auch gedruckt werden kann – und das in der jeweiligen Sprache der Nutzer*Innen.

Wir wollen Verständnis für die sozialen Gefüge anderer Kulturkreise. Dafür benötigen wir Fachkräfte, die mit Empathie und kultureller Sensibilität agieren sowie eine Gesellschaft, die ermöglicht, kultursensible Arbeit zu leisten. Für diesen Bereich werden wir entsprechende Fortbildungen schaffen, die einheitlich und verbindlich angeboten werden.

Kinderschutz ernst nehmen

Wenn es in Familien nicht rund läuft, sind häufig die Kinder die Leidtragenden. Ihre Bedürfnisse geraten durch die Probleme der Eltern aus dem Blick. Sie werden vernachlässigt, erleben Gewalt oder sind selbst von körperlicher oder seelischer

139 Gewalt betroffen. In solchen Situationen ist es wichtig, dass es vor Ort
140 funktionierende Kinderschutzvereinbarungen und Netzwerke aus KiTas, Schulen,
141 Gesundheitswesen, Polizei, Jugendhilfe und öffentlicher Verwaltung gibt, die die
142 Kinder besser in den Blick nehmen und die Eltern befähigen, sie zu schützen.

143
144 Wenn wir Kinderschutz ernst nehmen, müssen wir uns fragen, welche Netzwerke
145 Fachkräfte und Ehrenamtliche in unseren Städten und Gemeinden vorfinden, in
146 denen sie sich bei Verdachtsfällen beraten können, bevor sie den oft
147 weitreichenden Schritt zum Jugendamt machen. Sie fürchten einen
148 Vertrauensverlust und das Wegbleiben der Kinder aus ihren Einrichtungen und
149 Angeboten, wenn bekannt wird, dass sie das Jugendamt involviert haben. Sie
150 brauchen vor Ort fachliche Ansprechpartner*innen und Beratungsmöglichkeiten, die
151 neben den individuellen Faktoren auch die sozialräumlichen Ressourcen und
152 Unterstützungsmöglichkeiten berücksichtigen.

153
154 Mit der Initiative „Kein Raum für Missbrauch“ wirbt der Bundesbeauftragte für
155 Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs aktuell für die Erstellung von
156 Schutzkonzepten in Schulen, KiTas und Vereinen, in denen Kinder betreut werden.
157 Dies stellt die Zuständigen vor besondere Herausforderungen, da fachliches Know-
158 How aufgebaut werden muss, das sich in entsprechenden Netzwerken viel leichter
159 organisieren lässt, als wenn es jede Einrichtung für sich alleine schaffen muss.
160 Die gemeinsame Auseinandersetzung und Sensibilisierung für Fragen der sexuellen
161 Gewalt erhöht zudem die Wahrscheinlichkeit, dass Missbrauchsstrukturen, wie sie
162 im Fall Lügde zutage getreten sind, schneller erkannt und den Kindern viel Leid
163 erspart bleiben kann.

164
165 Deshalb setzen wir uns für die Regionalisierung der Jugendhilfe in Form von
166 Jugendhilfestationen in Salzheimendorf-Coppenbrügge, Aerzen-Emmerthal, Bad
167 Münden, Hessisch Oldendorf, Bad Pyrmont und Hameln und für die Bildung von
168 sozialräumlich orientierten und institutionalisierten Kinderschutz-Netzwerken
169 ein.

170
171 Der Fall Lügde hat eindrücklich gezeigt, wie wichtig die Einhaltung der gültigen
172 Fachstandards sowohl in der Hilfeplanung als auch im Kinderschutz ist bzw.
173 gewesen wäre. Sie sichern die Qualität der Arbeit im Kinderschutz und
174 verhindern Verfahrensfehler mit weitreichenden Folgen. Für einen gelingenden
175 Kinderschutz brauchen wir Führungspersönlichkeiten, die es sich zur Aufgabe
176 machen, einerseits die Einhaltung geltender Fachstandards einzufordern und zu
177 kontrollieren aber andererseits ihren Mitarbeiter*innen auch die nötigen
178 Ermessensspielräume einzuräumen und sie durch Anerkennung, Verbindlichkeit und
179 Fairness an die Kreisverwaltung zu binden.

180
181 Führungskompetenzen werden einem jedoch nicht in die Wiege gelegt. Führung muss
182 man lernen. Dies ist ein nicht selten schmerzhafter Prozess, der eine hohe
183 Selbstreflektion abverlangt. Teamleitungen nehmen zudem übergeordnete
184 organisatorische, vernetzende und vermittelnde Funktionen wahr. Die vielfältigen
185 Leitungsaufgaben können nur halbherzig wahrgenommen werden, wenn Teamleitungen
186 weiterhin eigene Fälle bearbeiten.
187 Deshalb setzen wir uns dafür ein, Teamleitungen von der eigenen Fallbearbeitung
188 freizustellen, sowie für die standardisierte Teilnahme an
189 Führungskräftequalifizierungen und die Möglichkeit eines professionellen

190 Coachings für Teamleitungen.

191

192 Die soziale Arbeit im Allgemeinen und die Jugendämter im Besonderen sind
193 zunehmend vom Fachkräftemangel betroffen. In ländlichen Regionen wie unserer ist
194 der Fachkräftemangel zudem stärker zu spüren, als in urbanen Räumen. Durchsetzen
195 können sich langfristig nur Arbeitgeber*innen, die in Arbeitszufriedenheit und
196 persönliche Entwicklung der Mitarbeiter*innen investieren. Dazu gehört neben
197 regelmäßiger Fortbildung und Supervision vor allem eine gute Einarbeitung. Neben
198 einer guten pädagogischen Ausbildung benötigen die Mitarbeiter*innen im
199 Jugendamt fundierte Kenntnisse der allgemeinen Verwaltungsvorschriften, sowie
200 natürlich des SGB VIII und des Familienrechts. Erfahrungen im Kinderschutz
201 müssen zunächst aufgebaut und durch erfahrene Kräfte fachlich begleitet werden.
202 Die Einarbeitung dem Zufall zu überlassen, kann für die Biografien der
203 Adressat*innen weitreichende Konsequenzen haben. Stattdessen sollte strukturiert
204 vorgegangen und Einarbeitung zur Chef*innen-Sache erklärt werden. Dies ist
205 gleichzeitig Garant für mehr Qualität im Kinderschutz. Deshalb setzen wir uns
206 für die Erarbeitung eines Einarbeitungskonzeptes für neue Mitarbeiter*innen im
207 Jugendamt ein.

208

209 Öffentlicher Gesundheitsdienst

210 Gerade in der Pandemie-Situation hat sich gezeigt, wie wichtig ein breit
211 funktionsfähiger ÖGD ist. Wir setzen uns für eine Stärkung des ÖGD ein, um auch
212 jenseits von Krisenmanagement und -bewältigung für die Prävention und
213 Gesundheitsförderung tätig sein zu können. Er soll personell dauerhaft besser
214 ausgestattet werden. Für die Besetzung von Vakanzen sind kreative Lösungen
215 erforderlich. Insbesondere die guten Ansätze der Gesundheitsregion müssen
216 prioritär umgesetzt werden.